

Kantonsrat*Parlamentsdienste**Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch***Medienmitteilung****SOGEKO will geplante Änderungen des Spitalgesetzes korrigieren**

Solothurn, 17. Juni 2011 – Die Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrates (SOGEKO) verlangt vom Regierungsrat, dass dem Parlament - im Rahmen der Änderung des Spitalgesetzes - die geplante Kompetenzerteilung zur Übertragung der Immobilien der Solothurner Spitäler AG (SoH) mit einem separaten Beschlussesentwurf vorgelegt wird.

Ausgangslage für die Änderung des Spitalgesetzes ist die neue Spitalfinanzierung ab 2012. Diese hat zur Folge, dass die Kriterien für die Spitäler zur Aufnahme auf die Spitalliste angepasst und auch die Leistungsvereinbarungen gesetzlich neu geregelt werden. Neu soll dem Kantonsrat die Kompetenz zur Übertragung der Immobilien an die soH erteilt werden. Damit tat sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder schwer. Die SP-Fraktion fand den Zeitpunkt verfrüht, die FDP-Fraktion kritisierte, dass der Regierungsrat auch in der Botschaft, wie schon in der Vernehmlassung keine Strategie für die Übertragung offen lege. Weiter wurde bemängelt, dass in der Vorlage über zwei unterschiedliche Aspekte der Spitalpolitik in einem Beschluss entschieden werden solle. Die FDP argumentierte, dass im Falle eines Referendums nicht klar sei, wogegen dieses ergriffen würde. Nach längeren Diskussionen einigte man sich darauf, die Frage der Immobilienübertragung in einem separaten Beschlussesentwurf aufzunehmen. Damit kann der Kantonsrat

gesondert über die Kriterien zur Aufnahme auf die Spitalliste und zur Kompetenzerteilung zur Übertragung der Immobilien an die soH entscheiden.

Im weiteren unterstützte die Kommission den Auftrag der FDP.Die Liberalen zur Einführung eines Meldesystems bei Nichtbezahlen der Krankenkassenprämien und stimmte dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Wortlaut zu. Damit soll dem Missbrauch im Gesundheitswesen vorgebeugt werden. So sollen Personen, die ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen, erfasst werden und nur noch medizinische Nothilfe erhalten.

Das dritte Geschäft, das die Kommission behandelte, befasste sich mit dem Patientenbeitrag für die Spitex. Christine Bigolin Ziörjen (SP, Aetigkofen) verlangte mit einem Auftrag, dass auf die geplante Kostenbeteiligung der Spitex-Patienten verzichtet wird. Die Kommission folgte dem Antrag des Regierungsrates, der prüfen will, ob auf die Patientenbeteiligung bei der Kinderspitex verzichtet werden soll.